

Der Landrat erteilte dem Abg. Otter das Wort.

Abg. Otter sagte, man habe den Antrag gestellt, da seine Fraktion sowie die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten mit dem gesamten Procedere im Hinblick auf die Baukostenentwicklung im Kreishaus sehr unzufrieden sei. Im Rahmen der Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden sei mitgeteilt worden, dass man im Sinne einer sachlichen Auseinandersetzung mit den baulichen Problemen eine mediale Zurückhaltung ausübe. In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung habe er erfahren, dass es eine Pressekonferenz hinsichtlich der Baukostenentwicklung stattgefunden habe. Die entsprechenden Vorlagen für die Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses haben man zwar zwei bis drei Tage vorher erhalten, die Informationen seien jedoch im nichtöffentlichen Teil hinterlegt worden. Man habe nicht erahnen können, dass das in Form einer Pressekonferenz veröffentlicht werde. Demnach sei das bisherige Verfahren sehr unbefriedigend.

Weiter sagte Abg. Otter, es sei mitgeteilt worden, dass ein wesentlicher Teil der Kostenerhöhung auf die Kostensteigerung im Bausektor der letzten drei Jahre zurückzuführen sei. Er stelle sich die Frage, warum man diesen Umstand nicht bereits im Haushaltsentwurf im Dezember berücksichtigt habe.

Der Landrat erwiderte, die Fraktionen seien vor dem Pressegespräch über die Kostensteigerungen und über das Pressegespräch informiert worden. Es sei außerdem nicht zu beanstanden, dass die Verwaltung die Öffentlichkeit hierüber auf diesem Wege informiert. Er versuche mit allen Fraktionen im Kreistag konstruktiv zusammenzuarbeiten und eine größtmögliche Transparenz herzustellen. Die Vorwürfe des Abg. Otter betrachte er als unhaltbar und gegenstandslos.

Abg. Waldästel sagte, die Verwaltung habe alles Mögliche getan eine Haushaltsergänzung vorzulegen, um die Sanierung des Kreishauses und den Bau des Berufskollegs in Hennef fortzuführen. Jeder, der die Haushaltsergänzung ablehne, nehme einen Baustopp im Kreishaus und im Berufskolleg in Kauf. Das könne wirklich keiner wollen.

Darüber hinaus bemerkte Abg. Waldästel hinsichtlich des Redebeitrages des Abg. Skoda, obwohl man sich als Kreis über Jahre fraktionsübergreifend einig gewesen sei, die Kommunen größtmöglich zu entlasten, könne es nicht sein, dass man anfangs ernsthaft über Umlagesätze zu diskutieren. Das könne und dürfe nicht der Ton des Kreistages sein. Man müsse vielmehr schauen, dass die Kommunen möglichst entlastet werden und der Kreis seine Bauprojekte zu Ende führe.

Abg. Kemper sagte, der Haushalt des Kreises müsse der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Das sei mit einer anderen Version geschehen, die sich um einen zweistelligen Millionenbetrag unterscheide. Zudem habe eine Benehmens Herstellung mit den Kommunen zu erfolgen. Das sei jedoch ebenfalls mit einer anderen Haushaltsversion erfolgt. Dadurch resultiere ein höheres Risiko hinsichtlich steigender Umlagesätze für die Kommunen. Demnach sei eine erneute Benehmens Herstellung notwendig.

Das sei mit den Vorgaben der Kreisordnung, die in diesem Punkt auf der Gemeindeordnung basiere, nicht zu vereinbaren. Deswegen könne man diesen Weg nicht mitgehen.

Abg. Dr. Bieber sagte, die Vorlage für den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses zur Thematik Sanierung des Kreishauses und des Berufskollegs in Hennef sei montagfrüh über die Fraktionsfächer verteilt worden. Zudem sei ein Schreiben an

alle Fraktionsvorsitzenden verteilt worden, dass der Landrat am Montag hierzu ein Pressegespräch durchführe. Falls die Fraktion DIE LINKE nicht sicherstellen könne, ihre Postfächer zu leeren und die Inhalte zu lesen, könne man nicht anderen dieses Fehlverhalten zuschreiben.

Bezüglich der Finanzmittel verwies der Abg. Dr. Bieber auf Anhang 3 der Vorlage der Verwaltung. Aus der Änderungsliste der Verwaltung gehe für die Haushalte nach dem Jahre 2021 hervor, in welchem Umfang diese finanziellen Mehrausgaben abdeckt werden. Durch die Strichansätze stelle man fest, dass außer den Abschreibungen keine zusätzlichen Finanzmittel notwendig seien.

Von daher sei die Schlussfolgerung zu künftigen Haushalten falsch und fahrlässig gegenüber den Kommunen. Dass der Kreis die Ausgleichrücklage nutzen könne, liege an einer vorsichtigen Haushaltsplanung seit dem Jahr 2015, die zu einer Erhöhung der Ausgleichrücklage um über 10 Millionen Euro geführt habe. Die Vorwürfe an den Landrat und an die Koalition trügen nicht im Kern.

Abg. Otter antwortete, als kleine Fraktion habe man Schwierigkeiten, den Posteingang in den Postfächern dauerhaft zu überwachen. Bezüglich den Ausführungen des Abg. Dr. Bieber sagte Abg. Otter, dass er hinsichtlich der Kostenschätzung möglicherweise etwas falsch betrachte. Jedoch müsse man bei einer Kreditfinanzierung Zins- und Tilgungsleistungen aufbringen, die eine Belastung darstellten.

Er betonte abschließend, der Kreistag müsse lediglich über 1/3 der Summe beraten, wenn man bereits in den vorangegangenen Jahren Mehrkosten im Haushalt berücksichtigt hätte.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass die Vorlagen über die Kostensteigerung für die Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses ebenfalls im Kreistagsinformationssystem verfügbar seien.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Er wiederholte, es sei beantragt worden, dass die Beschlussfassung über die Änderung der Haushaltssatzung vertagt werde, bis eine schriftliche Entscheidung des Heimatministeriums in Düsseldorf bzw. von der Bezirksregierung Köln vorliege.

Anschließend ließ der Landrat über die Änderung der Haushaltssatzung 2019/2020 mit Haushaltsplan und Anlagen abstimmen.